



Europabüro
der sächsischen
Kommunen

BRÜSSEL AKTUELL

14/2022

15. Juli bis 16. September 2022

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht I: Kommission veröffentlicht Konsultation zur Garantiemitteilung

Die EU-Kommission veröffentlichte am 29. August 2022 eine [Konsultation](#) zur Bewertung der Vorschriften für die beihilferechtliche Würdigung staatlicher Darlehensgarantien (2008/C 155/02). Die Garantiemitteilung legt dar, wie die Kommission staatliche Garantien für Unternehmensdarlehen beihilferechtlich auslegt. Dabei werden Kriterien festgelegt, ab wann eine staatliche Garantie nicht mehr als Beihilfe zu betrachten ist, u. a., wenn der Kreditnehmende 20 % des Risikos selbst trägt...

Digitalisierung: Deutschland im EU-Vergleich auf Platz 13

Am 28. Juli 2022 veröffentlichte die EU-Kommission den Digital Economy and Society [Index](#) 2022 (DESI, Brüssel Aktuell 20/2021). Der Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft misst die digitale Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten in den vier Schlüsselbereichen Humankapital, Konnektivität, Integration der digitalen Technologie und digitale öffentliche Dienste. Spitzenreiter sind Finnland, Dänemark, die Niederlande und Schweden. [Deutschland](#) steht unter den 27 Mitgliedstaaten an 13. Stelle und rutscht somit im Vergleich zum Vorjahr zwei Plätze nach hinten...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energie I: Sondertreffen der Minister zur Energiepreiskrise

Am 9. September 2022 tagte der [Ministerrat](#) „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ in einer außerordentlichen Sitzung, um die aktuelle Lage der hohen Energiepreise und mögliche Gegenmaßnahmen zu erörtern. Für die Bundesrepublik Deutschland nahm der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck teil. Es wurden insgesamt vier Maßnahmen [vorgeschlagen](#) (Ziff. 8): Gewinne von Unternehmen mit niedrigen Produktionskosten sollen abgeschöpft und ein Solidaritätsbeitrag von Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft soll eingeführt werden...

Energie II: Verordnungsvorschlag zur Eindämmung der Energiepreiskrise

Am 14. September 2022 legte die EU-Kommission, nach Ankündigung von Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union (diese Ausgabe) einen [Vorschlag](#) für eine Verordnung des Rates über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise vor. Damit reagiert sie auf Forderungen der Mitgliedstaaten (diese Ausgabe) angesichts der aktuellen Energiepreiskrise in Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine...

Grüner Deal I: Kommission veröffentlicht Indikatoren zur Messung des Grünen Deals

Die EU-Kommission veröffentlichte am 26. Juli 2022 eine [Mitteilung](#) über den Überwachungsrahmen des 8. Umweltaktionsprogramms, die eine Liste von Leitindikatoren für die Überwachung der Fortschritte bei der Erreichung der Umwelt- und Klimaziele bis 2030 und 2050 beinhaltet (Brüssel Aktuell 7/2022). Mit dem 8. Umweltaktionsprogramm wird ein Steuerungsmechanismus eingeführt und der notwendige Überwachungsrahmen geschaffen...

Grüner Deal II: Parlament verabschiedet Position zur Energieeffizienz-Richtlinie

Das Europäische Parlament verabschiedete am 14. September 2022 seine [Position](#) zur Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie ([2012/27/EU](#)). Dabei spricht sich das Parlament für eine Erhöhung der Einsparung beim End- und Primärenergieverbrauch bis 2030 um mind. 40 % bzw. 42,5 % aus (Art. 4 Abs. 1). Die Mitgliedstaaten müssten sicherstellen, dass der Gesamtenergieendverbrauch aller öffentlichen Einrichtungen gegenüber dem Jahr, in dem die Richtlinie in Kraft tritt, jährlich um mind. 2 % gesenkt wird (Art. 5 Abs. 1)...

Grüner Deal III: Parlament verabschiedet Position zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie

Das Europäische Parlament verabschiedete am 14. September 2022 seine [Position](#) zur Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie ([2018/2001/EU](#)). Darin spricht sich das Parlament für einen Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 von mind. 45 % (Art. 3 Abs. 1) aus...

Beihilferecht II: Kommission genehmigt Regelung zur Förderung grüner Fernwärme

Am 2. August 2022 genehmigte die EU-Kommission eine Beihilferegelung der Bundesregierung zur Förderung effizienterer Fernwärmesysteme in Höhe von 2,98 Mrd. €. Die Entscheidung findet sich unter der Nummer [SA.63177](#) nur in englischer Version in der Datenbank der Kommission. Gefördert werden soll Fernwärme, die ausschließlich auf erneuerbaren Energien und Abwärme basiert...

Abfall: EuGH zur Verfahrensbeteiligung bei Betriebsverlängerung einer Deponie

Mit [Urteil](#) vom 2. Juni 2022 hat der Gerichtshof der Europäischen Union ([EuGH](#)) in der Rechtssache C-43/21 entschieden, dass eine bloße Verlängerung der Betriebszeit einer Abfalldeponie keine wesentliche Änderung der Genehmigung der Anlage nach Art. 3 Nr. 9 der Richtlinie über Industrieemissionen ([2010/75/EU](#)) darstellt und daher keine Beteiligung der Verfahrensbeteiligten erfordert, sofern der genehmigte maximale Umfang der Anlage oder deren Gesamtkapazität nicht geändert werden (Rn. 42-45)...

Wasserknappheit: Leitlinien zur Wiederverwendung in der Landwirtschaft

Die EU-Kommission veröffentlichte am 3. August 2022 eine Mitteilung über [Leitlinien](#) zur Wasserwiederverwendung in der Landwirtschaft. Diese flankieren die Verordnung [2020/741](#) vom Mai 2020 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung, die ab Juni 2023 gilt. Sie enthält u. a. Anforderungen an Wasserqualität, Risikomanagement und Überwachungsmechanismen...

EU-Bodenstrategie: Konsultation zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Böden

Bis zum **24. Oktober 2022** erfolgt eine [Konsultation](#) der EU-Kommission zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Wiederherstellung von Böden in der EU. Im Rahmen der [EU-Bodenstrategie](#) für 2030 (Brüssel Aktuell 20/2021) wurde die anhaltende Degradation von 60 bis 70 % der Bodenökosysteme in Europa konstatiert und ein Bodengesundheitsgesetz angekündigt...

Waldstrategie: Konsultation zum Waldüberwachungsrahmen

Bis zum **17. November 2022** ist die Teilnahme an einer [Konsultation](#) der EU-Kommission zur Entwicklung eines EU-weiten Waldbeobachtungsrahmens und damit verbundener Strategiepläne möglich. Die Initiative nimmt Bezug auf die von der Kommission im Rahmen des „Fit-für-55“-Pakets veröffentlichte Mitteilung zu einer neuen [EU-Waldstrategie](#) für 2030 (Brüssel Aktuell 14/2021) sowie auf die [EU-Biodiversitätsstrategie](#)...

Europäische Woche der Regionen und Städte: Anmeldungen sind ab jetzt möglich

Seit dem 31. August 2022 ist eine Anmeldung für die Veranstaltungen der Europäischen Woche der Regionen und Städte [möglich](#). Sie findet vom 10. bis 13. Oktober 2022 unter dem Motto „Neue Herausforderungen für den Zusammenhalt in Europa“ statt und wird von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) organisiert...

Soziales, Bildung und Kultur

Beschäftigung: Kommission veröffentlicht Bericht zur Beschäftigung und sozialen Lage

Am 12. Juli 2022 hat die EU-Kommission den jährlichen [Bericht](#) zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa veröffentlicht. Angesichts des Europäischen Jahres der Jugend (zuletzt Brüssel Aktuell 6/2022) lag der Fokus des diesjährigen Berichts v.a. auf den Herausforderungen junger Menschen, insbesondere im Hinblick auf die Folgen der Coronavirus-Krise. Im Vergleich waren junge Menschen unter 30 deutlich stärker von den negativen Auswirkungen wie z. B. Arbeitsplatzverlust betroffen...

Arbeitsbedingungen: Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Kraft

Am 2. August 2022 traten in der Europäischen Union neue Regeln zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige in Kraft (Brüssel Aktuell 15/2019). Die [Richtlinie](#) (EU) 2019/1158 ist eine Maßnahme des Aktionsplans zur europäischen [Säule](#) sozialer Rechte (Brüssel Aktuell 4/2021). Sie zielt auf die Gleichstellung von Männern und Frauen im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen und die Behandlung am Arbeitsplatz ab...

Migration I: Jahresbericht über Asylsituation in der EU veröffentlicht

Am 28. Juni 2022 veröffentlichte die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) ihren [Jahresbericht](#) über die Asylsituation in der Europäischen Union, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. Der Report zeigt auf, dass sich die politische Entwicklung im Jahr 2021 bis zum Frühjahr 2022 – geprägt durch die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan, die Verschlechterung der Menschenrechtslage in Belarus sowie die russische Invasion in die Ukraine – unmittelbar auf den Bedarf an internationalem Schutz ausgewirkt hat. Der Großteil der Asylsuchenden stammt aus Syrien, Afghanistan, Irak, Pakistan und der Türkei...

Migration II: Leitfaden für die Unterbringung ukrainischer Geflüchteter

Als Teil der Initiative „[Safe Homes](#)“ hat die EU-Kommission einen [Leitfaden](#) entwickelt, um die Mitgliedstaaten bei der Unterbringung ukrainischer Geflüchteter zu unterstützen. Dieser stellt Grundsätze und Praktiken vor, um sicherzustellen, dass private Wohnlösungen für diese geeignet und sicher sind. Ebenso ist die Förderung innovativer Partnerschaften, z. B. zwischen einzelnen Städten, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten und den ukrainischen Behörden geplant...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Rede zur Lage der Union 2022: Fokus auf Ukraine, Energiekrise und Wirtschaft

Am 14. September 2022 wandte sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit ihrer [Rede](#) zur Lage der Union an das Europäische Parlament. Sie äußerte sich zum Ukraine-Krieg, der Energiekrise sowie zur Stärkung der Wirtschaft und europäischer Werte. 2023 soll das Europäische Jahr der Aus- und Weiterbildung werden...

Ausschuss der Regionen: Neue Mitglieder aus Bayern und Baden-Württemberg

Mit [Beschluss](#) des Rates der Europäischen Union vom 18. Juli 2022 wurde Landrat Thomas Habermann, Landkreis Rhön-Grabfeld in Bayern, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ([AdR](#)) ernannt. Landrat Habermann ist bereits seit 2017 stellvertretendes Mitglied des AdR und wird Nachfolger von Landrat Bernd Lange. Infolge seiner Ernennung wird Landrat Christoph Schnaudigel, Landkreis Karlsruhe, zum stellvertretenden Mitglied ernannt...

Rechtsstaatlichkeit: Dritter Bericht inkl. länderspezifischer Empfehlungen

Am 13. Juli 2022 veröffentlichte die EU-Kommission den dritten [Bericht](#) zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union – erstmals mit spezifischen [Empfehlungen](#) für jeden Mitgliedstaat. In 27 [Länderkapiteln](#) untersucht die Kommission Entwicklungen in den vier Schlüsselbereichen Justizreformen, Korruptionsbekämpfung, Freiheit und Pluralismus der Medien sowie institutionelle Gewaltenteilung...

Rat der EU: Empfehlung zum Nationalen Reformprogramm Deutschlands 2022

Am 12. Juli 2022 hat der Rat der Europäischen Union seine [Empfehlung](#) zum nationalen [Reformprogramm](#) Deutschlands 2022 mit einer Stellungnahme zum [Stabilitätsprogramm](#) 2022 veröffentlicht. Die Empfehlungen umfassen vier Handlungsfelder und gelten für das laufende sowie für das folgende Jahr. Der Rat empfiehlt, dass – unter Berücksichtigung der vom Energiepreisanstieg besonders Betroffenen sowie von aus der Ukraine Geflüchteten – bei einem Anstieg der laufenden Staatsausgaben 2023 ein ansonsten weitgehend politisch neutraler Kurs eingehalten wird...

Hinweisgeberrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die EU-Kommission hat im Juli 2022 im Vertragsverletzungsverfahren ([INFR\(2022\)0052](#)) gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der sog. „Hinweisgeberrichtlinie“ (EU) [2019/1937](#) (Brüssel Aktuell 33/2019) die nächsten Schritte eingeleitet und eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt ([Pressemitteilung](#))...

Binnenmarkt: Konsultation zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen

Bis zum **28. Oktober 2022** führt die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zu einem „Vorschlag für eine Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen“ durch. Die Konsultation richtet sich insb. an Einzelpersonen und Organisationen, die im gemeinnützigen Sektor tätig sind, sowie Behörden...

Statistik: Konsultation zur Überarbeitung der Statistikverordnung

Bis zum **25. Oktober 2022** führt die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zu dem Thema „Zukunftsvorbereitungen im Europäischen Statistischen System“ durch. Die Konsultation richtet sich v. a. an diejenigen, die amtliche Statistiken nutzen und produzieren...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Grüner Deal IV: Finanzhilfen für Kohleregionen

Regionen und Kommunen, die vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft am stärksten betroffen sind, können [Finanzhilfen](#) im Rahmen einer neuen EU-Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor beantragen. Die Darlehensfazilität ist neben dem Just Transition Fund ([JTF](#)) eine der drei Säulen des sogenannten Mechanismus für einen gerechten Übergang ([JTM](#)) zur Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Strukturwandels im Rahmen des europäischen Grünen Deals (Brüssel Aktuell 1/2020)...

Grüner Deal V: AdR Aufruf zur Übermittlung bewährter Praktiken

Der Europäische Ausschuss der Regionen ([AdR](#)) ruft aktuell die europäischen Städte und Regionen dazu auf, bewährte Praktiken im Bereich Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Wiederaufbau und Grüner Deal auf seinem [Umfrageportal](#) zu teilen. Eine weitere [Umfrage](#) bietet zudem die Möglichkeit, von laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekten und Initiativen zu berichten...

Nachhaltige Finanzen: CEMR lädt zu virtuellem Training

Am **21. Oktober 2022, 9:30 – 12:30 Uhr**, lädt der Rat der Gemeinden und Regionen Europas ([CEMR](#)) kommunale Politikerinnen und Politiker zu einem englischsprachigen Online-Training zum Thema nachhaltige Finanzen ein. Auch Referentinnen und Referenten sowie Mitarbeitende der Verwaltung können an der Veranstaltung teilnehmen...

Connecting Europe: Neue Aufrufe zu Infrastrukturprojekten

Die EU-Kommission startet mit neuen [Aufrufen](#) zu Infrastrukturprojekten zur Förderung des vernetzen und energieeffizienten Verkehrs. Insgesamt stehen über 5 Mrd. € für europäische Verkehrsinfrastrukturprojekte im Rahmen von „Connecting Europe“ ([CEF](#)) bereit...

NetZeroCities: Neuer Call gestartet

Laut dem [EU-Umsetzungsplan](#) für klimaneutrale und intelligente Städte ist das Haupthindernis für den Klimawandel nicht der Mangel an klimafreundlichen und intelligenten Technologien, sondern die Fähigkeit, diese einzusetzen. Die silobasierte Form der Verwaltung verhindert ein ehrgeiziges und gezieltes Vorgehen gegen den Klimawandel. Es benötigt eine systematische Transformation der Verwaltung, um eine effiziente und zielgerichtete Vorgehensweise zu etablieren...

DiscoverEU: Aufruf zu Bewerbungen um kostenlose Travel-Pässe

Ab dem **11. Oktober 2022** bis zum **25. Oktober 2022 (12 Uhr)** können sich Jugendliche im Alter von 18 Jahren (Zum Stichtag 1. Januar 2023) aus einem EU-Mitgliedstaat oder einem mit Erasmus+ assoziierten Drittland um einen kostenlosen Travel-Pass [bewerben](#). Die Initiative im Rahmen der Aktion DiscoverEU ermöglicht Jugendlichen, 30 Tage zwischen dem 1. März 2023 und dem 29. Februar 2024 innerhalb von Europa zu reisen...

„Jvenes Translatores“: Anmeldestart für den Übersetzungswettbewerb

Bis zum **20. Oktober 2022 (12 Uhr)** können sich interessierte Sekundarschulen für den EU-Wettbewerb „[Jvenes Translatores](#)“, dem jährlichen Übersetzungswettbewerb der Generaldirektion Übersetzung ([DGT](#)) der EU-Kommission, [anmelden](#)...

In eigener Sache

Beihilferecht III: Konsultationsbeitrag zur De-minimis-Verordnung

Die EU-Kommission hat eine [Konsultation](#) zur Überarbeitung der De-minimis-[Verordnung](#) durchgeführt. Die aktuelle Verordnung läuft am 31. Dezember 2023 aus. Durch die Überarbeitung der Vorschriften sollen die Beträge der freigestellten Beihilfen angesichts der Inflation aktualisiert und die Transparenz verbessert werden...

Mobilität: Stellungnahme zum Transeuropäischen Verkehrsnetz

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen hat sich gemeinsam mit den Europabüros des Deutschen Städtetags, der Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Stuttgart mit einer englischsprachigen [Stellungnahme](#) (deutsche [Übersetzung](#)) zu den Bestimmungen für städtische Knoten in der neuen TEN-V Verordnung eingebracht...

Veranstaltung: EU-Finanzierungsmöglichkeiten für eine digitale Kommune

Am 29. September 2022 von 08:30 Uhr – 9:30 Uhr findet eine virtuelle Veranstaltung zum Thema „EU-Finanzierungsmöglichkeiten für eine digitale Verwaltung“ statt. Im Rahmen des Morning Talks wird vor allem über den kommunalen Bezug der beiden EU-Aktionsprogramme „Connecting Europe Facility – Digital“ und „Digitales Europa“ gesprochen. Referieren werden zwei Experten aus dem Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr. Organisiert wird die Veranstaltung durch das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen und der [Digitalakademie@bw...](#)

Europabüro der bay. Kommunen: Ausstellungseröffnung zum 30-jährigen Jubiläum

Am 20. Juli 2022 fand die [Eröffnung](#) der Jubiläumsausstellung „Europas kommunales Fundament - 30 Jahre Europabüro der bayerischen Kommunen“ im Haus der Bayerischen Landkreise in München statt. Eröffnet wurde Sie vom Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, und der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, MdL. Die Ausstellung kann zu den Öffnungszeiten des Hauses der Bayerischen Landkreise von Montag bis Do 9 – 12 und 14 – 16 Uhr sowie freitags von 9 – 12 Uhr ohne Voranmeldung besichtigt werden...

Europabüros Baden-Württemberg und Sachsen: Personelle Veränderung

Seit 2017 unterstützte Tanja Sprungala die Europabüros der baden-württembergischen und sächsischen Kommunen als Assistentin und war für viele von Ihnen die erste Ansprechpartnerin. Zum 26. September 2022 wechselt sie zur Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Tanja Sprungala für ihre langjährige Tätigkeit für die Bürogemeinschaft. Die Europabüros der baden-württembergischen und sächsischen Kommunen sind weiterhin unter den bekannten E-Mail-Adressen und Telefonnummern des Sekretariats erreichbar...

Stellenausschreibung: Office-Manager/in

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen vertritt 1101 Städte und Gemeinden und 35 Landkreise aus dem Südwesten Deutschlands. Zu unseren zentralen Aufgaben gehören die Interessenvertretung gegenüber den Europäischen Institutionen, die Information über kommunalrelevante Entwicklungen und die Beratung unserer Trägerverbände in europäischen und Förderfragen...